

## **Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung für den Bereich der Ordnungswidrigkeiten**

### **Vorbemerkung**

Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte. Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Verbandsgemeinde Rüdesheim/Nahe veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Internetseiten.

### **1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit**

Verfolgung und Ahnung von Ordnungswidrigkeiten

### **2. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:**

Verbandsgemeindeverwaltung Rüdesheim/Nahe

Fachbereich Ordnung und Soziales

Ordnungsamt

Nahestraße 63

55593 Rüdesheim

Tel.: 0671 371-125

E-Mail: [ordnungsamt@vg-rudesheim.de](mailto:ordnungsamt@vg-rudesheim.de)

### **3. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:**

Wir haben für unsere Behörde einen Datenschutzbeauftragten bestellt.

Behördliche Datenschutzbeauftragte

RA Ph. Weißmann

Fachanwalt für Steuerrecht

Ext. Datenschutzbeauftragter (TÜV)

advokIT Rechtsanwälte und Datenschutzbeauftragte

Niederlassung Bad Kreuznach, Riemenschneiderstraße 4, 55543 Bad Kreuznach

T +49 (0) 671 4835 491

F +49 (0) 671 4835 493

E-Mail: [info@kanzlei-weissmann.de](mailto:info@kanzlei-weissmann.de)

<https://www.advokit.de/>

Kontakt zur Behörde in Datenschutzangelegenheiten:

0671/371-217

E-Mail: <mailto:datenschutzbeauftragte@vg-ruedesheim.de>

#### **4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir von Ihnen, der Polizei, dem Kraftfahrtbundesamt, anderen Behörden oder Privatpersonen (Anzeigenerstatter, Zeugen) erhalten haben. Es handelt sich dabei insbesondere um Daten zur Person, Fahrzeugdaten, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten. Die grundsätzliche Berechtigung zur Erhebung der Daten und der Verarbeitung zur Zweckerfüllung „Ahndung von Ordnungswidrigkeiten“ ergeben sich aus dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) § 49 c in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des 8. Buches der Strafprozessordnung (StPO) sowie Art. 6 Abs. lit. e der DS-GVO. Weitere Rechtsgrundlagen sind das Straßenverkehrsgesetz (StVG), der Bundeseinheitliche Bußgeldkatalog (BKat), die Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz sowie die jeweiligen gemeindlichen Satzungen.

#### **5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten**

Soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, werden ihre Daten weitergeben an:

- hausinterne Stellen (z.B. Verbandsgemeindekasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und zur Durchsetzung von Forderungen)
- externe Stellen (z.B. Kreisverwaltung, Gerichte)

Darüber hinaus werden ihre Daten an Dritte außerhalb der Verbandsgemeindeverwaltung nur weitergeleitet, wenn eine Einwilligung von Ihnen vorliegt oder wir gesetzlich dazu verpflichtet sind.

#### **6. Dauer der Speicherung**

Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten erforderlich ist. (§ 49 c OWiG, §§ 483 ff. StPO)

Nach Fristablauf werden die Daten gelöscht bzw. Akten vernichtet.

#### **7. Übermittlung an ein Drittland**

Eine Übermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), sog. Drittländer, erfolgt nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

## 8. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) **Auskunftsrecht** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO),
  - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
  - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
  - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
  - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht

- e) Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

- f) **Widerrufsrecht bei Einwilligungen**

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

## **9. Beschwerderecht (Art. 13 Abs.1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.: 06131 208-2449, E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.